

Bürgerinitiative hat ganz andere Zahlen

25.02.2011 - TAUNUSSTEIN

NORDWESTTANGENTE Debatte in Taunusstein hält an / Gegner weisen Kritik zurück

(red). Die Bürgerinitiative „Ja zum Aartal - Nein zur Nordwesttangente“ (BI) weist die Vorwürfe von August Thormann zurück, wonach bei ihrer Informationsveranstaltung im Januar „Halbwahrheiten“ verkündet worden seien. „Wenn man so etwas Rufschädigendes in die Welt setzt, dann muss man das auch belegen können“, kommentiert der Vorsitzende der BI, Rainer Wirz, die haltlose Kritik. Die Quellen für alle Angaben seien offen gelegt worden.

Anders dagegen das Vorgehen der Initiative „Verkehrsentlastung jetzt“, als deren Sprecher Thormann fungiert. Diese habe gerade erst in einem Flugblatt bewiesen, „dass sie weder auf gradlinige Informationen noch Genauigkeit Wert legt“, heißt es in einer Pressemitteilung der BI. So werde die Behauptung aufgestellt, dass durch den Bau der Tangente täglich 9 500 Fahrzeugkilometer weniger anfallen würden, ohne sich Gedanken darüber zu machen, für wen das gelten soll. Daraus errechne man eine finanzielle Ersparnis von 1,1 Millionen Euro im Jahr für alle Bürger zusammen. „Die Einwohner von Hambach, Niederlibbach oder Neuhof werden sich zu Recht fragen, wie sie durch die steigende Verschuldung der Stadt im Falle einer Umsetzung der Baumaßnahme auch noch mehr als 30 Euro im Jahr sparen sollen“, so die BI weiter.

Zudem würden die Baukosten der Tangente mit rund 8,3 Millionen Euro beziffert. In der Liste der Straßenbau-Großprojekte des Arbeitskreises Straßenbaupolitik der Bundesländer werden die Kosten hingegen mit zehn Millionen Euro angegeben. Außerdem laufe die Nordwesttangente dort in der untersten Kategorie der Richtlinien für die Anlage von Straßen. „Wenn man jetzt weiß, dass die Fördermittel-Programme, auf die die Befürworter spekulieren, in den kommenden Jahren auslaufen, dann wird einem schnell klar, dass die angeblich garantierte Mindestförderung von 60 Prozent alles andere als sicher ist“, steht für die Gegner der Tangente fest. Wie sonst wäre es zu verstehen, dass der CDU-Parteivorsitzende Sandro Zehner bereits ankündigt, dass die Maßnahme ohne Landeszuschüsse nicht umgesetzt werden wird.